

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Gründet 1826

Freitag den 5. Dezember 1919

Angenommen für die
einzelnen Teile aus ge-
wöhnlicher Schrift ob-
deren Raum bei einma-
iger Einrückung 20 Pfd
bei mehrmaliger Rubrik
nach Tarif. Bei gerader
Beitreibung u. Konhärenz
ist der Rabatt hinfallig.

Verbreitete Zeitung
im Oberamtsbezirk.
Telegraphische Anstalt
Gesellschafter Nagold
Postfachkonto
Stuttgart 5111

Nr. 283

Freitag den 5. Dezember 1919

93. Jahrgang

Zur Lage.

Das Signum unserer Lage ist und bleibt die Atmosphäre politischer Hochspannung nach innen wie nach außen. Ganz besonders von außen lehren die Anstöße zur Verschärfung und Wiederbesetzung dieser Hochspannung immer wieder, und wir sehen darin den unwiderleglichen Beweis, daß die Entente ein besonderes Interesse daran hat, Deutschland fortgesetzt in dem Zustand der Erregung und der seelischen Spannung zu halten. Welcher Art dieses Interesse ist, liegt klar auf der Hand, denn es ist eine alte Geschichte, daß andauernde Erregung das Willenssystem schwächt, stumpf und gleichgültig macht, und schließlich dazu führt, daß das Opfer alle Forderungen in summa ergebenheit auf sich nimmt, daß es lebensmüde wird. Lebensmüde will man Deutschland mit aller Gewalt machen, weil man es noch immer fürchtet, und nicht nur das, man wendet alle Mittel auf, um ihm den Hals überhaupt abzuschneiden.

Noch hat die Reichsregierung keine Entscheidung getroffen, wie sie sich zu der Forderung der Alliierten auf Auslieferung von 400 000 Tonnen Schwimmbüchsen usw. zu stellen gedenkt, aber wir dürfen uns keine Illusionen darüber machen, wie die Antwort wohl ausfallen wird. Es bliebe uns ja nichts anderes übrig, als nach hohem, kraftlosen Protest uns dem zwingenden Willen der Sieger zu beugen, weil wir keine Wege und keine Mittel mehr haben, unsere Meinung von der Gerechtigkeit und von dem Recht unseres Volkes als gleichberechtigt neben den Willen der Sieger zu stehen, zur Geltung zu bringen. Was es aber bedeutet, wenn die Entente heute ihre Forderung auf Ablieferung des genannten Ertrages für Scapa Flow durchsetzt, davon hat die große Masse unseres Volkes keinen Schimmer. Es muß darum mit allem Ernst darauf hingewiesen werden, daß wir durch Erfüllung des feindlichen Verlangens uns tatsächlich die letzte dünne Lebenskur durchschneiden, an der wir mit Hilfe einer energetischen Lastkraft uns wenigstens wirtschaftlich und auf diesem Wege vielleicht auch politisch, wieder hochwinden könnten. Wenn erst einmal unsere Flüchtlingslager der Verlandung, unsere Dänen den Verfall preisgegeben sind — und das sind sie bei der Ablieferung der Schwimmbüchsen und Bagger — dann abe Wiederaufstieg, abe Rückkehr zum wirtschaftlichen Wohlstand, und damit abe geliebtes Deutschland. Schlagend erhellt diese Gewaltforderung der Feinde deren Bestreben, Deutschland zu einem Vasallenstaat der Entente oder des herrlichen Völkerbundes heranzuführen, dessen Bewohner froh sein müssen, wenn ihnen die Gnade der Weiten oder der Franzosen überhaupt nur ein kümmerliches Dasein zu fristen erlaubt. Deutschland ist der Entente noch immer zu frühig, darüber besteht gar keine Frage. Unsere Volkskraft eröffnet uns immer noch zu viel Ausichten auf eine Wiedergewinnung, darum müssen alle Mittel zur Anwendung kommen, auch die ungeheuerlichsten, um unser Wiederaufbau, soweit wie beabsichtigt zu beinhalten. Eines dieser entsetzlichen Mittel wendet Frankreich bei der Lösung der Belgienfrage an. Die häßlichen Vorheiten, die Herr Clemenceau in seiner gestern veröffentlichten Antwortnote andrängt, seine Verhängung hinter allerlei Ausflüchte verbergen es nicht, daß Frankreich unsere Gelangenen möglichst lange zu behalten beabsichtigt. Warum, das haben wir wiederholt gesagt und unsere Ansicht darüber kann sich nicht ändern: Man fürchtet Deutschland und will es in der Wurzel treffen.

Nach Marshall Hoch gibt neuerdings Beweise, daß er das entworfenste Deutschland noch fürchtet. Sein militärisches Bewusstsein verlangt die Unterdrückung der unerbittlichen militärischen Organe in Deutschland, der andauernden deutschen Rüstungen, die den Weltfrieden gefährden. Das geht auf die Polizei- und Einwohnerwehren. Die Einkassierten in Deutschland haben ja nun endlich das erreicht, was sie wollten, nämlich die Ruhestimmung unserer Feinde auf die für rein innere Zwecke bestimmte Schanzwehr der Ordnung zu lenken, um mit deren Hilfe diese für gewisse parteipolitische Bestrebungen unbenutzbar zu machen. In Berlin ist eine Note der Alliierten wegen dieser Ordnungswehren bereits eingetroffen. Damit wird ja wohl den Gegnern der Ruhe und Ordnung geholfen sein.

Unsere innere Politik bleibt auch weiterhin unter dem Zeichen der Erregung. Die Krise, die aus dem Betriebsrückgang der Regierungskoalition zu bedrohen schien, wurde zwar überwunden, aber nur, um einer neuen Krisenstimmung von mindestens ebenso schwerwiegender Bedeutung Platz zu machen. Das Kompromiß zwischen schwarz-rot-gold ist der Sozialdemokratie nicht schmeichlich genug. Sie stellt darum die unüberbrückbare Kluft zwischen den Klassen der kapitalistischen Gesellschaft fest und läßt aus diesem Anlaß erneut zum Sammelru. Die Möglichkeit, in absehbarer Zeit eine reine Arbeiterregierung zu bilden, wird erstlich in den Kreis der Berechnungen gezogen. Das ist eine Art Dolchstoß in den Rücken der Parteien, die jetzt mitregieren und es ist verständlich, wenn aus diesem Vorgehen, das namentlich durch Scheidemann propagiert wird, eine Welle des Misstrauens und eine neue Krisenstimmung entspringt. Die Sozialdemokratie ist jetzt überzeugt, daß sich die bürgerlichen Parteien immer klarer als Vertreter der besitzenden Klassen darstellen, das Bürgertum in den Parteien hat dafür

aber seinerseits die zuverlässigste Einsicht bekommen, wozu die Reife der Regierungsdemokratie geht. Es ist also namentlich ein Kampf mit offenem Messer, den wir für den ehrlichsten halten.

Auch sonst scheint uns im Innern allerlei zu erwarten. Das nächste bedeutendste Ereignis wird die Veröffentlichung der Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges sein, die am 10. Dezember erfolgen soll. Das Interessanteste aus diesen Dokumenten hat uns aber das Ausland schon vorweg genommen, dem Herr Kautsky, der mit der Bearbeitung des Aktienmaterials beauftragt war, die Dokumente zugänglich gemacht hat. Ist es nicht eigentümlich, daß dieser Mann, der in Wahrheit gar kein Deutscher ist — er stammt aus Galizien und hat sich naturalisieren lassen —, überhaupt in die Lage kam, deutsche Dokumente im amtlichen Auftrag zu bearbeiten und deren Inhalt aus reinen Privatinteressen dem Ausland zuzuführen, ehe nur das Ausland Kenntnis davon hat? Die „Internationale“ der deutschen Innenpolitik und der deutschen derzeitigen Führung hat hier ein treffendes Charakteristikum. Franzosen, Engländer oder Slaven lassen sich sicherlich nicht von eingewanderten und naturalisierten Deutschen anweisen. Aber die Deutschen tun dies. Sie tun noch mehr, weil sie gleichgültig und ganz wütend sind, so gleichgültig und wütend, daß weite Kreise heute noch immer an das Märchen von der Weltrevolution glauben, auf die Herr Lenin so fest vertraut. Der sozialistische Wahlsieg in Italien und die damit verbundenen Kräfte und Ausschreitungen, die ganz wie in unseren Revolutionstagen auch zu Jagden auf Offiziere führten, geben diesen weltfreundlichen Träumern neue Hoffnung. Aber gemach. Die Nichtsozialisten Italiens sind auch auf dem Plan. Im übrigen sehen wir noch immer nicht ein, was uns eine Weltrevolution nützen könnte. Die anderen Völker, so radikal sie sich gebärden, sind so national gesinnt, daß sie selbstverständlich nichts unternehmen, um Deutschland nützlich zu sein. Es ist auch verfehlt, von der Ablehnung des Friedensvertrages durch den amerikanischen Senat irgend welche Vorteile für Deutschland zu erhoffen, oder gar zu glauben, daß diese Ablehnung erfolgte, weil der Vertrag den Senatoren als zu hart erschien. Kein amerikanische, und vorwiegend wirtschaftliche Interessen sind für diese maßgebend.

Erzbergers Finanzrede.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung hielt Reichsfinanzminister Erzberger folgende Finanzrede: Soweit es sich um die Finanzreform, um die Neugestaltung des Steuerwesens handelt, ist die unmittelbare Gegenwartsaufgabe eine dreifache, eine transitorische, eine quantitative und eine distributive Aufgabe. Die quantitative Aufgabe besteht in der Beibringung der nötigen Milliarden. Die erste Voraussetzung für sie ist die finanzielle und wirtschaftliche Gesundung, deren Aufsicht die Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens bildet. Eine wirkliche Reform hat eine entsprechende Wiederherstellung des Steuerbedarfes zur Voraussetzung, womit die Verteilung der Steuererträge auf die verschiedenen Steuergruppen im engeren Zusammenhang steht. Der Etat für 1919, der im wesentlichen immer noch ein Kriegsetat ist, wird uns eine Belastung und eine Gesamtausgabe von 21,5 Milliarden bringen. Die außerordentliche Ausgabe beträgt 41 Milliarden Mark und enthält eine einmalige Ausgabe von rund 2 Milliarden für Feuerungsgeschäfte, die nach der Beamtenbesoldungsreform in mehr oder minder großem Umfang in fortwährende Ausgaben hinüberwandeln werden. Die Besoldungsreform ist eine der wichtigsten Staatsaufgaben. Weniger bestimmende Kräfte, mehr ausführende Kräfte und größere Elastizität werden eine Hauptforderung der Zukunft bleiben. Wichtiger als die in Weimar bewilligten Steuern von über einer Milliarde sind die beiden einmaligen Steuern, die außerordentliche Kriegsausgabe für 1919 und die Besteuerung des während des Krieges eingetretenen Vermögenszuwachses, die beide zusammen 12 Milliarden erbringen sollen. Da wir so bald als möglich aus dem Schuldenmachen herauskommen suchen müssen, bitte ich Sie, die Steuerordnung möglichst bald zu verabschieden. Eine volle, exakte Uebersicht über die Gestaltung der Einnahmen und der Ausgaben in der nächsten Zukunft ist nicht möglich. Der Bedarf des Reiches ist für die nächsten Jahre mit 17,5 Milliarden angesetzt. Für die Deckung kommen in erster Linie die direkten Steuern in Betracht, die bis zur zulässigen Höchstgrenze ausgeschöpft werden müssen. In den in Weimar an einmaligen Vermögenssteuern bewilligten 12 Milliarden kommt jetzt das Reichsnotopfer, das 4,5 Milliarden ergeben dürfte. Noch wichtiger für die Beibringung des Steuerbedarfes ist die Einkommenbesteuerung. Im Bedarfszustand hofft man, aus der Einkommensteuer zusätzlich der Besteuerung der Körperschaften, für Reich, Länder und Gemeinden zusammen einen Betrag von 8 Milliarden zu erzielen. Dazu sollen noch 2,4 Milliarden treten, als Ergebnis der Ertragssteuern, davon allein 1,4 Milliarden Kapitalertragssteuer. Da es gilt, eine Gesamtsumme von mindestens 24 bis 25 Milliarden Mark an Steuern aufzubringen, muß sehr zugriffen werden. Die bereits beschlossene Erbschaftsteuer soll 700 Millionen jährlich bringen, wozu rund 140 Millionen auf Einkommen und Gemeinden entfallen. Nach dieser Zusammenstellung

würde sich demnach aus den direkten Steuern rund 15 Milliarden herausheben lassen, von denen 2 1/2 Milliarden auf das Reich und 5 1/2 Milliarden auf Länder und Gemeinden entfallen würden. Bei der indirekten Besteuerung würden sich bei dem bestmöglichen Ausbau des Zollens 1 bis 1 1/2 Milliarden Mark erzielen lassen. Aus der Umsatzsteuer, dem Kern der indirekten Besteuerung insgesamt 4 Milliarden. Bei den Reichsteuern würden notwendige Bedarfsartikel mit 500 Millionen Mark belastet werden. In der 3. Gruppe hat sich die Kohlensteuer vorzugsweise gut entwickelt, deren Jahreserträge 2 Milliarden betragen. In den Kohlen liegen große Reserven für die gesamten Wiedergutmachungen. Unter den entbehrlichen Genussmitteln ist das Branntweinmonopol schon ausgebildet. Die Weinsteuer bringt gute Erträge. Auch die Schaumweinsteuer ist während des Krieges erhöht worden und die Tabaksteuer durch die Bänderreform erledigt. Die Biersteuer muß ebenfalls entsprechend umgestaltet werden. Aus diesen Steuern können bei etwas weiterer Ausgestaltung 2 1/2 Milliarden gewonnen werden. Für die Verkehrssteuern ergibt sich unter Zuzurechnung des Ertrages der Grundwertsteuer ein Ertrag von rund 1000 Millionen Mark. Die Erträge der indirekten Steuern und Zölle mit etwa 11 Milliarden Mark werden nur einkommen, wenn sich unter Wirtschaftsleben wieder besser entfaltet. Von der gesamten Steuerlast sollen nahezu 60 % auf reine direkte Steuern, aber nur 40 % auf Zölle und indirekte Steuern entfallen. 75 % des gesamten Steuerbedarfes sollen durch die direkten Steuern oder solche indirekten Steuern aufgebracht werden, die größtenteils von den besserstehenden Kreisen des Volkes getragen werden. Schon vom ersten Tage meiner Amtseinführung an habe ich die reichsweite Steuerordnung angestrebt, die eine logische Auswirkung der vollkommenen Verschmelzung in unserem öffentlichen Bedarf ist. Damit wird das Problem der Uebertragung von indirekten Steuern auf das Reich gelöst. Reichsvereinfachung und Steuer Einheit werden in Zukunft das deutsche Volk zu einer starken Einheit zusammenschließen. Es bedeutet für die Länder und Gemeinden gewiß ein großes Opfer, auf das erste Veräußerungsrecht aus den großen direkten Steuern zu verzichten. Das Landessteuergesetz wird eine neue Veranlagung des Ertragsbereiches der Steuergebiete zwischen Reich, Ländern und Gemeinden vorsehen. Die beiden letzteren werden zur Einführung einer Vermögensbesteuerung schreiten müssen. Bei planmäßiger Durchführung der Einkommenbesteuerung würden Länder und Gemeinden fast genau so viel bekommen aus der Einkommensteuer als die sämtlichen Steuern im Reich, Ländern und Gemeinden vor dem Krieg gegeben haben. Mit dem Prinzip der Zuschläge soll vollkommen gebrochen werden. Unzutreffend ist, daß Länder und Gemeinden auf steuerlichem Gebiete nur noch sehr geringe Selbständigkeit besitzen. Praktisch ist vielmehr die Masse ihrer Steuererträge durch das Landessteuergesetz gegen früher außerordentlich ausgemindert. Länder und Gemeinden werden infolge der Neuordnung viel größere Einflüsse aus Steuererträgen, als sie aus einer in Konkurrenz mit der Reichsbesteuerung stehenden eigenen Steuererhebung hätten gewinnen können. Die neue Steuerordnung ergibt Länder und Gemeinden bis zu einem gewissen Grade zur Sparsamkeit. Eine vollkommen neue Organisation des Erhebungsapparates wird vorgenommen. Auch die Bequemlichkeit der Steuerzahler soll bei dieser Reform nicht vergessen werden. Es sind schwere, fast allzu schwere Lasten, die unser Volk in Zukunft zu tragen haben wird. Daß das ganze Interesse der gesamten Bevölkerung den einzelnen Interessen vorgeht, muß bei der Steuerreform auch der Leitgedanke sein. In der Zukunft wird die herrschende Rolle allein die Arbeit spielen, die uns nur aus dem Glanz der Gegenwart herausführen kann. Die Steuerreform wird mitwirken an der großen Aufgabe, aus den Trümmern des Krieges ein neues Deutschland aufzurichten, den sozialen Staat der Zukunft.

Tages-Neuigkeiten.

Die Entente gegen Polizei- und Einwohnerwehren.

BR. Berlin, 3. Dez. Den deutschen Vertretern in Paris ist folgende Note der alliierten und assoziierten Regierungen vom 1. 12. zugegangen: Alle bis heute eingegangenen Nachrichten belegen übereinstimmend, daß die deutsche Regierung seit einiger Zeit die Entwicklung ihrer militärischen Streitkräfte vorbereitet und verwirklicht. Außer der Reichswehr werden unter dem Namen „Sicherheitspolizei“ stehende Streitkräfte geschaffen, die sämtliche Kennzeichen und den Wert auserwählter militärischer Streitkräfte haben. Diese Streitkräfte werden von Stäben befehligt und verwaltet, die aus militärischem Personal zusammengesetzt sind. Diese Formationen haben jedoch, obgleich sie dem Ministerium des Innern unterstellt sind, einen Charakter, der ihrer angeblichen Bestimmung als Polizei widerspricht. Ihre Aufstellung verstoßt gegen den Artikel 162 des Vertrages. Außerdem bildet Deutschland unter dem Namen „Jugendfreiwillige“ und „Einwohnerwehr“ Reserven die Kontrollversammlungen und militärischen Übungen unterworfen und Munitionslagern versehen sind. Diese Organisationen stehen mit der Gewalt der militärischen Bestimmungen und namentlich mit Artikel 178 des Vertrages in Widerspruch.

Die alliierten und assoziierten Regierungen machen schon jetzt darauf aufmerksam, daß diese dem Geiste und dem Wortlaut des Vertrages zuwiderlaufenden Maßnahmen als eine Abkehr der deutschen Regierung, den Vertrag nicht auszuführen, ausgelegt werden können. Sie fordern infolgedessen die deutsche Regierung auf, die vorbezeichneten Maßnahmen unverzüglich aufzuheben, jedenfalls aber so, daß mit der Inkraftsetzung des Friedensvertrages die sogenannten Polizeitruppen auf die im Vertrage vorgesehene Stärke herabgemindert werden und eine ihrem Charakter als Orts- und Gemeindepolizei entsprechende Verfassung erhalten und die Städte, die über die im Vertrage vorgesehene Zahl hinaus geschaffen sind, sowie die Reserveorganisationen aufgelöst werden. Genehmigen Sie usw. (Zu der Note ist folgendes zu bemerken: Es ist nicht zutreffend, daß die deutsche Regierung eine Entwicklung ihrer militärischen Streitkräfte vorbereitet. Im Gegenteil ist die Zurückführung der Heeresstärke auf das in Artikel 163 Absatz 2 des Friedensvertrages zunächst vorgesehene Maß von 200 000 Mann, wie allgemein bekannt, im vollen Gange. Daß die Zentralpolizeibehörden der einzelnen Länder sich im Laufe des Jahres angeht, die bedrohlichen inneren Verhältnisse Deutschlands genügt gesehen haben, durch Einrichtung von Sicherheitspolizei, Einwohnervewehrn und Zeitfreiwilligen besondere Einrichtungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu schaffen, ist nicht nur Gegenstand der öffentlichen Erörterung, sondern auch der Entente bereits vor Monaten offiziell mitgeteilt worden. Zu der von deutscher Seite angeregten Besprechung der Einzelheiten ist es bisher zum Bedauern der deutschen Regierung nicht gekommen. Die Frage, in wie weit die getroffenen Einrichtungen mit dem Friedensvertrage in Widerspruch stehen, was nach deutscher Auffassung nicht der Fall ist, wird gegebenenfalls nach Einlegung der im Friedensvertrage vorgesehenen Kontrollkommission gemäß den Bestimmungen des Vertrages klar zu stellen sein. Es wäre erwünscht, wenn die Besprechungen darüber schon früher stattfänden.

Vom Untersuchungsausschuss.

Wie die „Politisch-parlamentarischen Nachrichten“ erfahren, wurde die ursprünglich für gestern anberaumte Sitzung des zweiten Untersuchungsausschusses des Untersuchungsausschusses auf Montag verschoben. Es soll dann über die letzten Vernehmungen Beschluß gefaßt werden. Ob Hindenburg ein zweites Mal vernommen werde, sei noch zweifelhaft. Bei einem Teil der Ausschussmitglieder herrsche die Ansicht, daß sich eine zweite Vorladung aus tatsächlichen Gründen erübrige.

Eine französische Gesandtschaft in München?

Aus Wien wird dem „Berliner Volksanzeiger“ mitgeteilt: Wie in hiesigen Entente-Kreisen verlautet, ist die Wiedererrichtung der französischen Gesandtschaft in München eine beschlossene Sache. Man bringt dies in Zusammenhang mit den französischen Bestrebungen zur Errichtung eines von Norddeutschland getrennten Mittel- und süddeutschen Staates.

Der Handel mit Amerika.

Amsterdam, 4. Nov. Laut Pressebureau Radio ist aus der Statistik des amerikanischen Handelsamtes ersichtlich, daß von Januar bis Oktober 1919 einschließlich die amerikanische Ausfuhr nach Deutschland 420 064 Dollar betrug, während sich die deutsche Einfuhr nach Amerika auf 491 470 Dollar bezifferte.

Aus Wilsons Botschaft an den Kongress.

Washington, 4. Dez. (Reuter.) Präsident Wilson erklärte im Kongress, daß der Friedensvertrag später in einer bedeutenden Botschaft besprochen werde. Er gab allgemeine Richtlinien für die jetzigen Maßnahmen zur Bekämpfung der hohen Preise, der unruhigen Stimmung in der Arbeiterwelt und des Radikalismus, ferner zur Zurückführung des Lebens der Nation auf die Friedensgrundlage. Außerdem empfahl Wilson eine Neuregelung der Zölle. Wenn die Vereinigten Staaten ihre Ausfuhr, für die Europa jetzt nicht in Geld zahlen könnte, beibehalten wünschten, so müßten sie die

Die Anfänge der Hohenzollern.

Von Adolf Rappus.

(Nachdruck verboten.)
(Schluß.)

Für den Namen sind ein halbes Dutzend Ableitungen versucht worden: Personennamen Jolera (kommt sonst nicht vor!) Jolliste (wie läme die dort hinauf?) Soller-Orter (paßt nicht zu der Bergform), Zoller (schwäbischer Ausdruck für Saugnapfen der Kinder, hier sinnlos), Zol, Zul, teilich für Bergspitze, endlich lateinisch Mons Solaris-Sonnenberg. Erstlich in Betracht kommen nur die beiden letzten Vermutungen, denn Ketten wie Römer hatten in der Gegend Niederlassungen, und haben den hervorstechendsten Punkt sicher nicht unbeachtet und unbewußt gelassen. Die Ketten pflegten auf solchen Bergen ihrem Sonnengott zu opfern. Sie wurden aus dem Niederland durch die Sueven verdrängt, welche eine solche Opferstätte ihrem Wodan kult geweiht haben mögen, wie denn heute noch um den Jollern herum Sagen vom Ruotesbeer und vom Schimmelreiter lebendig sind. So ist es eine ganz natürliche Annahme, daß auch die Römer, die etwa 30-280 n. Chr. das Land beherrschten, dort oben ihrem Sonnengott (Sol) geopfert haben. Auch mag der weithin sichtbare Berg einen Beobachtungsturm mit einer kleinen Befestigung getragen haben, so daß man auch an die im römischen Meer sehr verbreitete Verehrung des persischen Sonnengottes Mithra denken kann. Als die Germanen den Grenzwall durchbrachen und die Römer vertrieben, kam die Opferfeuer wieder Wodan zu Ehren. Den römischen Namen Solaris beibehalten sie bei. Solte heißt der Berg auf einem Sattel von 1246, Solr noch in einer Urkunde von 1413. Ein Wodanberg ist der Joller sicher gewesen, denn noch im 16. Jahrhundert hieß er im Volk Michaelsberg, und die Ältere seiner beiden Schloßkapellen war immer dem h. Michael geweiht (wie auch die Kirche des Urpfälzen Schloßburg). Michael aber ist in ganz Süddeutschland an die Stelle Wodans getreten. Also trug der Berg in geschichtlicher Zeit zuerst eine Michaelskapelle, um welche dann in der Mitte des 11. Jahrhunderts die erste Burg erbaut worden ist.

Einfuhr erleichtern. In der Botschaft werden die Bestrebungen der Arbeiter in sehr sympathischer Weise besprochen. Zum Schluß richtete Wilson an alle diejenigen, die Reformen durch Unordnung und Revolution zu fördern suchten, ein Wort ernster Warnung.

Laut Pressebureau fordert Präsident Wilson in seiner Botschaft an den Kongress ein endgültiges Programm zur Herbeiführung einer Besserung der Lage der Arbeiterwelt u. erklärt, das Recht des Einzelnen zum Streik bleibe unangetastet. Es bestehe jedoch ein zweifellos übertragendes Recht, nämlich das Recht der Regierung, das gesamte Volk zu schützen, und ihre ganze Macht gegen die Herbeiführung eines Krieges anzuwenden. Die im Völkerverband niedergelegten, die Arbeiterverträge betreffenden Grundzüge böten den Weg zum Frieden und zur Verbesserung in der Industrie. An einer anderen Stelle der Botschaft heißt es: Die neue Welt, in der wir leben, ist voller Hoffnungen und Aussichten für das amerikanische Volk, wenn wir nur die Vorteile, die sich uns bieten, ergreifen. Der Krieg hat unserer Abgesandtheit ein Ende bereitet und uns eine ernste Pflicht und Verantwortung übertragen. Der Handel der Vereinigten Staaten muß sich auf den Weltmarkt ausdehnen.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 3. Dez. (Reu.-Tel.) Zu der Nachricht, daß zwei englische Gefangenenerlager noch nicht geräumt sind, obwohl es sich weder um Bombenwerfer oder Flieger, noch um Scapa Flow-Beute handelt, erklärt die „Deutsche Illustrierte“ von zuständiger Stelle, daß an die britische Regierung eine Anfrage gerichtet worden sei, aus welchem Grunde die Heimführung der Beute aus diesen beiden Lagern noch nicht erfolgt sei. Eine Antwort sei noch nicht eingegangen.

Berlin, Eine Meldung des „Berliner Volksanzeigers“ aus Darmstadt besagt: Als der französische Golln gestern Abend hier einen Vortrag über Bazillus hielt, wurde er durch zahlreiche Belüster durch Juristen wie „Nieder!“ usw. daran gehindert, jedoch er vorzeitig abzubrechen u. das Lokal verlassen mußte. Nur durch ein starkes Schutzmannsangebot konnte die Ruhe aufrecht erhalten und weitere Mißbilligungen verhindert werden.

Madrid, 3. Dez. Der Kabinetsrat hat am Montag einstimmig beschlossen, daß das Gesamtministerium am Ruder bleiben soll. Der Ministerpräsident begab sich zum König, um ihm diesen erdgültigen Beschluß mitzuteilen. Kammer und Senat, die wegen der Ministerkrise ihre Sitzungen verschoben hatten, werden am Donnerstag oder Freitag wieder zusammentreten.

El Tolo, 2. Dez. Reuter. Die Soldaten unter Villa haben, um für die Hinrichtung Angelos Kache zu nehmen, am 28. 11. nördlich von Santa Rosalia (Chihuahua) einen Angriff auf das 18. mexikanische Regiment gemacht. 674 Soldaten wurden niedergeschlagen. Nur 2 sind entkommen.

Vermischtes.

Die Matrosenmorde in Berlin. Berlin, 3. Dezbr. Die Verhandlung gegen den Oberleutnant Otto Marloh wegen der Erschießung von 29 Matrosen begann heute vor dem Kriegsgericht der Reichswehrbrigade III. Es sind mehr als 60 Zeugen geladen. Die Anklage besagt, daß Marloh, am 11. März auf dem Grundstück Französischer Straße 32 die Erschießung von 29 Matrosen der Volksmarinereibflotte bewirkt zu haben, obwohl eine Anwendung von Waffen ihrerseits nicht möglich gewesen wäre. Die Anklage wird auf Totschlag erhoben. Ferner wird Marloh angeklagt der Falschheit unter Benutzung gefälschter Papiere und Ausweise. Der Vorsitzende verliest eine Reihe von Befehlen der militärischen Kommandostellen, wonach jedes Mitglied der Volksmarinereibflotte, welches mit der Waffe in der Hand kläppelnd oder plündernd angetroffen würde, handrechtlich zu erschließen sei. Der Vorsitzende fragte dann den Angeklagten, was sich am 11. 3. zugetragen habe. Marloh gibt folgende Darstellung: Seine Voge im Hause der Französischen Straße sei sehr gefährlich gewesen. Er habe zuletzt 300 Gefangene ge-

habt bei nur 50 Mann Truppen. Später seien Verstärkungen, darunter 2 Geschütze, angekommen. Marloh, der behauptet, daß er verschiedene Befehle energisch durchzuführen und zum Erschießen der Gefangenen erhalten habe, ließ nun die gefangenen Matrosen einzeln an sich vorbeipassieren. Diejenigen, die ihm besonders intelligent erschienen, also als Mädelstücker in Betracht kamen, und ferner diejenigen, die schon durch ihre ganze Kleidung oder wertvollen Schmuck auffielen, insgesamt 70 bis 80 Mann, ließ er in ein Hofzimmer bringen. 13 Mann, die er für ganz gefährliche Verbrecher hielt, hatte er schon früher in den Keller bringen lassen. Der Rest der Matrosen wurde in ein Vorderzimmer gebracht. Der Angeklagte entschloß sich, zunächst die 13 Matrosen aus dem Keller und eine Anzahl von den im Hofzimmer internierten Matrosen erschießen zu lassen. In diesem Augenblick kam Hauptmann Genter und machte Marloh darauf aufmerksam, daß ein Teil der Matrosen zu der von ihm entlassenen zuverlässigen Reichswehrabteilung gehörten, für die er sich verbürge. Marloh forderte die von Genter bezeichneten Leute aus, daraufhin mit der Erschießung der übrigen der Unteroffizier Genter, obwohl er nicht wußte, daß dieser wenige Tage vorher von den Spartakisten gefangen und mißhandelt worden war. Der Vorsitzende stellte sodann fest, daß die Matrosen gedrängt zusammen standen und die Schützen mit schußbereitem Gewehr sahen, hätte sich ein großes Geschrei erhoben. Es sei zunächst eine Salve abgegeben worden, worauf sich das Geschrei und das Geschammer verstärkte. Dann sei Schußfeuer begonnen worden, das nur etwa 3 Minuten dauerte. Marloh bestätigte diese Wahrnehmung. Der Vorsitzende stellte dann weiter fest, daß 2 Mann der Schützen unter die am Boden liegenden Verwundeten gingen und die noch Lebenden mit Fingerringen aus der Billeke lösten. 2 Mann sollen in den Keller geschickt und dort mit der Pistole ermordet worden sein. Insgesamt blieben 29 Mann tot. Der 30., der Matrose Lewin, war nur am Arm verwundet, blieb aber wie tot liegen. Er erwachte später. Er wird jetzt als Zeuge auftreten. Auf die Frage des Vorsitzenden erklärte Oberleutnant Marloh in Bezug auf die 2 Anklage, Oberleutnant von Kessel habe ihn ständig zur Flucht gedrängt. Er hätte selbst auf seine Flucht gedacht, sondern nur den Wunsch gehabt, bald eine Verhandlung herbeizuführen, um seine Unschuld beweisen zu können. Der Angeklagte erklärte weiter, daß er endlich gegen seine Ueberzeugung aufhören sei. Oberleutnant v. Kessel habe ihm 5000 Mark und die Legitimationspapiere übergeben, von denen er der Ueberzeugung war, daß sie mit Wissen der Regierung ausgestellt worden seien. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er die Erschießung heute noch für gerechtfertigt halte, erklärte Marloh, es wäre ihm leid, daß sich unter den Erschossenen auch Unschuldige befunden hätten. Er fühle sich jedoch für sein Vorgehen völlig gebest durch den Befehl des Obersten Reinhard, daß er 150 Mann erschließen sollte. Das nunmehr ersichtliche ausführliche ärztliche Gutachten der medizinischen Sachverständigen erklärt Marloh als erbtlich nicht belastet. Er sei einer der Menschen, bei denen das Pflichtbewußtsein außerordentlich stark entwickelt sei. Unter 20 Belegungen (Marloh verlor im Oktober 17 den rechten Unterarm und erhielt gleichzeitig mehrere schwere Wunden. Er geriet in englische Gefangenschaft und wurde als Schwerverwundeter am 1. März 18 ausgetauscht) trug er eine schwere Stirnverletzung davon, die förmliche Einwirkungen nicht ausschließt. Marloh habe Zustände gehabt, die man als Dämmerzustände ansprechen kann. Im engeren Sinne lägen aber Bewußtseinsstörungen nicht vor. Aus der nun folgenden Zeugenvernehmung ist bemerkenswert die Erklärung des damaligen Kommandanten von Berlin, Kläuber. Als er kurz nach der Tat in die französische Straße kam, habe ihm Marloh erklärt, „Ich handele auf Befehl, hier ist er.“ Er legte ihm (Kläuber) hierbei eine Quartaal vor, welches Kläuber in der Aufregung nicht genau durchgesehen haben will. Er hatte jedenfalls den Eindruck, daß Marloh unter einem Zwange und unter einem bestimmten Druck handelte. Er war sehr aufgeregt und schwigte furchbar. Die Verhandlung wurde dann auf Donnerstag vormittag vertagt.

dem Heere Rotbars in der Schlacht bei Monium (1190) die Reichssturmführer voranzutragen.

Ein Jahr nach Rotbars Tod wurde Burkards älterer Bruder Friedrich III. mit der Burggrafschaft Nürnberg belehnt. Die große Geschichte des Geschlechtes wendet sich nun von Schwaben nach Franken und die Jollerburg hat wohl noch manchen Sturm erlebt, aber sie blieb fern vom Weltgeschehen.

In einer großen Fehde mit den Württembergern und dem schwäbischen Städtebund ist sie 1423 zerstört worden. Ihre damaligen Besitzer mußten einigen Grund dazu gegeben haben. Denn König Sigismund sprach über den Berg den Fluch aus, er dürfe in Ewigkeit nie mehr bebaut werden. Doch diese Ewigkeit währte nur 30 Jahre: Friedrich III. hob 1453 den Fluch heimlich auf, und mit Hilfe des kurfürstlichen Betters Albrecht Achilles von Brandenburg wurde die Burg mächtiger als zuvor aufgebaut. Aber die schwäbische Linie wirtschafte auch weiter nicht am besten, sie zerstückelte ihre Macht durch Erbteilungen und ließ die Stammburg so herunterkommen, daß König Friedrich Wilhelm IV. bei der Uebernahme der Regierung in Hohenzollern sich zu einem Neubau entschloß, der 1867 durch Wilhelm I. eingeweiht worden ist.

Mächtig und prächtig ragt sie seitdem gen Himmel, ein Wahrzeichen der Größe des Geschlechtes, dessen Wege sie war. Was wird nun aus ihr werden? Was aus dem Geschlecht, dessen Geschichte hier vor fast 900 Jahren begonnen hat?

Maria mit ihrem Kind. Von Max Jungnickel.

Ueber den Schnee, im Winterwind,
Wandert Maria mit ihrem Kind.
Im Vorwärtsschreiten summt sie ein Lied,
Das krierend mit den Flocken zieht.
Sie wandert wieder ins Abendrot,
Traulich der Rauch aus den Hütten loht.
Sie setzt sich in den Sternenschein,
Rudert auf ihr wolnes Wiederlein.
Da ist's, als ob der Frühling über die Felder rauscht
Und krierend zu ihren Füßen lauscht.

* Volke
(Gesundheits-
Uhr statt.
wieder regelm.
Uhr, abgeholt.

* Ein K
eintigen teils
schen 2 und

* Kan
meldung M
ten ein J
glauben, er
eine solche be
Dem ist jedo
in Reuili
und der die
dies noch ni
phonisch zu l
daß der hies

* Ueber
Kalmbach in
ten Zeit end
als Deute bl
und als er
seiner Wohn
Eintr mühte
konnte noch
um von Br

Re
München
zufolge tritt
Die Ko
Rotterdam
dung, mona
vertrags mit

Am

Bekanntm vereinigt

Der Gen
führung ein
loch, in Has
Ueßung, Be
Obere Kister
der Markung
Kachben
Vandmirschg
eiter vortan
und im ganz
Abstimmung
ist, wird hier

über den vor
der Vollzugs
1920 vormitt
Hierzu un
deren Vertret
dringung des
welche bei der
einen seine U
Vertreter ers
stimmend ang
Mitglieder de
daß ein Einfl
Stand gegen
stattfindet.

Für den vor
zunehmend
vor für die E
nicht zustande
Oberamts neu
von der Jem
San b
dem Bergzeit
Ueberschlag u
der vorläufig
Stimmungsst
Einflucht nehm
Justizlich
ermalte noch
dem Unterneh
halb der Aus
Tage des Erb
beim Schulthe
nachen.

Den 3. F
Biehman
Durch G
vom 2. Dezen
Biehman's in
worden.
Die Besti
von Vieh find
oember ds. J
Nr. 254 von
Den 3. F

Den 3. F
Biehman
Durch G
vom 2. Dezen
Biehman's in
worden.
Die Besti
von Vieh find
oember ds. J
Nr. 254 von
Den 3. F

Auf die i
Verfügungen
Monats brt.
die Einstellu
wird hiermit
Den 4. F



Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, den 5. Dezember 1919.

Volkschule. Die nächste Stunde von Kurs 19 b (Gesundheitslehre) findet morgen Samstag abends 7 1/2 - 8 1/2 Uhr statt. Vom Montag ab werden die Kurse 19 a u. 19 b wieder regelmäßig, Montags und Dienstags von 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr, abgehalten.

Ein harter Sturmwind mit Regen, Hagelschlag und einigen kräftigen Donnerschlägen lauchte heute nacht zwischen 2 und 3 Uhr sein schauerliches Konzert.

Anmeldung zur Meisterprüfung. Betreffs der Anmeldung zur Meisterprüfung scheint sich bei den Beteiligten ein Irrtum eingeschlichen zu haben, dertart, daß mancher glaube, eine Anmeldung beim hiesigen Kursleiter mache eine solche bei der Handwerkskammer überflüssig. Dem ist jedoch nicht so. Inwiefern kommt die Anmeldung in Reutlingen, die bis zum 5. Dezember geschehen soll und der die Sporteln von 30 Mk. beizufügen sind. Wer dies noch nicht getan hat, tut gut daran, es heute noch telefonisch zu besorgen, wobei gleich bemerkt werden kann, daß der hiesige Vorbereitungsstabs beauftragt werden sollte. S.

Heberberg, 4. Dez. In letzter Nacht wurde bei Michael Kalmbach in Reutlingen ein Einbruchverübt, der noch zur rechten Zeit entdeckt wurde, so daß den Einbrechern nur 77 Mk. als Beute blieb. Kalmbach erwachte an einem Geräusch und als er nachsah, überfiel ihn ein junger Mann in seiner Wohnung, mit denen es zu einem Handgemenge kam. Einer mußte Schuße und Strümpfe zurücklassen. Derselbe konnte noch in der Nacht verhaftet werden. Es handelt sich um zwei Brüder.

Legte Nachrichten.

Keine Verkehrsperre bis Weihnachten.

München, 4. Dez. Mitteilungen von offizieller Seite zufolge tritt eine Verkehrsperre bis Weihnachten nicht ein.

Die Ratifikation auf unbestimmte Zeit vertagt.

Rotterdam, 4. Dez. Neuter verbreitet eine Pariser Meldung, wonach die Alliierten die Ratifikation des Friedensvertrags mit Deutschland auf unbestimmte Zeit vertagt haben.

Amtliche Bekanntmachungen.

Oberamt Nagold.

Bekanntmachung betr. die Ausführung einer Feldbereinigung auf der Markung Emmingen.

Der Gemeinderat Emmingen hat den Antrag auf Ausführung einer Feldbereinigung in den Gewänden: Kiettenloch, im Haslach, Haslachberau, unter der Klinge, Mühlbalde, Wensina, Beutenstal, Kirchenacker, Tauchstein, Westal und Obere Klosterwiesen der Markung Emmingen gestellt.

Nachdem das Unternehmen von der Zentralstelle für die Landwirtschaft, Abteilung für Feldbereinigung, auf Grund einer vorläufigen Prüfung als für die Landeskultur nützlich und im ganzen zweckmäßig für ausführbar erkannt und zur Abstimmung dem gestellten Antrag gemäß zugelassen worden ist, wird hiermit

Tagfahrt zur Abstimmung

über den vorliegenden Antrag und zur Wahl der Mitglieder der Vollzugskommission auf **Donnerstag, den 8. Januar 1920 vormittags 9 Uhr** anberaumt.

Hierzu werden die beteiligten Grundeigentümer bzw. deren Vertreter auf das Rathaus zu Emmingen unter Androhung des Rechtsnachteils eingeladen, daß diejenigen, welche bei der Abstimmungstagfahrt weder in Berlin noch durch einen feine Vertretungsbezugnis rechtmäßig nachweisenden Vertreter erscheinen, als dem beantragten Unternehmen zustimmend angesehen und von der Teilnahme an der Wahl der Mitglieder der Vollzugskommission ausgeschlossen werden und daß ein Einspruch oder eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen diese gesetzliche Folge des Ausbleibens nicht stattfindet.

Für den Fall, daß die nach der Abstimmung eventuell vorzunehmende Wahl der Landwirte und ihrer Erfahrmänner für die Vollzugskommission aus irgend einem Grunde nicht zustande käme, werden die Landwirte auf Antrag des Oberamts nach vorgängiger Bernehmung des Gemeinderats von der Zentralstelle beraten.

Von dem Plan, der Beschreibung der Feldbereinigung, dem Verzeichnis der Grundeigentümer, dem allgemeinen Ueberschlag über die mutmaßlichen Kosten u. dem Ergebnisse der vorläufigen Prüfung der Zentralstelle kann bis zum Abstimmungstag jedermann auf dem Rathaus in Emmingen Einsicht nehmen.

Zugleich ergeht die öffentliche Aufforderung, etwaige noch nicht bekannte Ansprüche auf Freilassung von dem Unternehmen, oder auf Anteilnahme an denselben, innerhalb der Ausschließungsfrist von zwei Wochen, von dem Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet, beim Schultheißenamt oder beim Oberamt hier geltend zu machen.

Den 3. Dez. 1919.

M ü n z.

Oberamt Nagold.

Biehmarkt in Wildberg am 22. Dezember 1919.

Durch Erlaß der Fleischverordnungsstelle in Stuttgart vom 2. Dezember ds. J. Nr. 12666 ist die Abhaltung des Biehmarkts in Wildberg am 22. Dezember ds. J. genehmigt worden.

Die Bestimmungen über Handel und Ein- und Ausfuhr von Vieh sind dieselben wie sie bezgl. des Markts am 7. November ds. J. veröffentlicht wurden. — S. Gesellschaft Nr. 254 von 1919. — 2389

Den 3. Dezember 1919.

M ü n z.

Oberamt Nagold.

Auf die im Staatsanzeiger Nr. 277 und 278 erschienenen Verfügungen des Arbeitsministeriums vom 14. und 15. v. Monats betr. Uebertenerungsbeihilfen für Notstandsarbeiten, die Einstellung und Entlassung von Notstandsarbeitern wird hiermit hingewiesen. 2402

Den 4. Dezember 1919.

M ü n z.

Weiteres Sinken der deutschen Valuta.

Amsterdam, 4. Dez. Die deutsche Valuta sank weiter auf 5,80 Gulden pro 100 Mark.

Der Uebergang der Eisenbahnen an das Reich.

Berlin, 5. Dez. Gestern sind in Berlin unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers Dr. Bell die Chefs der Eisenbahnverwaltungen der Länder zu eingehenden Besprechungen über frühere Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich zusammengetreten. Die Verhandlungen werden mehrere Tage dauern.

Um den Kaiser.

Bonn, 5. Dez. In einer Rede erklärte der Generalstaatsanwalt, daß der Prozeß gegen den deutschen Kaiser mit Aufmerksamkeit vorbereitet werde. Er fügte hinzu, daß die Aufgabe sehr umfangreich sei und daß schon über 50000 Aktenstücke überprüft worden seien.

Der Anschluß Koburgs an Bayern.

Koburg, 5. Dez. Nach dem nun vorliegenden amtlichen Abstimmungsergebnis im Freistaate Koburg wurden 26102 Stimmen für den Anschluß an Bayern und 3466 Stimmen für den Anschluß an Thüringen abgegeben. 56 Stimmen waren unglücklich.

Die Verteilung der deutschen Flotte.

Paris, 5. Dez. „Journale“ entnehmen der „Westminster Gazette“ die Mitteilung, daß der Rest der deutschen Flotte so verteilt wird, daß an England 70%, Frankreich und Italien je 10%, Japan 8% und Amerika 2% entfallen.

Rückkehr zur Akkordarbeit.

Berlin, 5. Dez. Aus Lübeck wird dem „Vol. Anz.“ mitgeteilt, daß auf Beschluß der Arbeiterschaft auf der großen Koch'schen Schiffswerft N.-W. wieder die Akkordarbeit eingeführt wird.

Der Mörder Eisners.

Berlin, 5. Dez. Wie dem Vol. Anz. aus München berichtet wird, simuliert Graf Arco, der Attentäter Eisners, dessen Prozeß angefaßt wurde, weil er an Eisners' Schutzhaut leidet, im Gefängnis den Befunden. Er rechnet nach wie vor mit dem Todesurteil und erklärt, eine Begnadigung wäre viel schlimmer als dieses. Die Neztze sind nur durch Zufall darauf gekommen, daß Graf Arco den Befunden simu-

Verfügung über Most.

Unter Aufhebung der Verfügung vom 24. September 1919 (Staatsanz. Nr. 220) wurde durch Verfügung der Landesverordnungsstelle vom 25. 11. 19 (Staatsanz. Nr. 276) mit Genehmigung des Ernährungsministeriums verfügt:

§ 1. Bei dem Absatz von Obstmost dürfen nachstehende Höchstpreise, je einschließlicher Steuer, nicht überschritten werden: Erzeugerpreis Mk. — 50 das Liter, Ausschankpreis Mk. — 80

In den großen und mittleren Städten kann durch Beschluß des Gemeinderats der Erzeugerpreis bis zu Mk. — 60, der Ausschankpreis bis zu Mk. 1.— das Liter erhöht werden. In den übrigen Gemeinden kann die Landesverordnungsstelle auf Antrag des Gemeinderats die Erhöhung bewilligen.

§ 2. Inhaber von Gast- und Schankwirtschaften, sowie von solchen Betrieben, welche Most offen, in Flaschen oder in anderen Gefäßen im Kleinverkauf abgeben, haben durch deutlich sichtbaren Aufschlag in den Wirtschaftsräumen und Verkaufsstellen die Preise für Most in den zum Verkauf kommenden Wagen bekannt zu geben. 2404

Nagold, den 4. Dezember 1919.

Oberamt: Münz.

Kurs über Weinbehandlung, Hefereinzucht und Kellerpflege für Küfer an der Weinbauversuchsanstalt zu Weinsberg.

Näheres s. Bekanntmachung der Zentralstelle für die Landwirtschaft v. 25. Nov. 1919 — St. A. Nr. 277. Münz.

Auf Einuhrzinsmarken A der Fleischkarte entfallen

250 Gr. Margarine

zu Mk. 5.— das Pfd., die bei Bringinger, Heller, Kienle, Kappeler, Krauß Witwe, Kasper Witwe, Schittenhelm, Schmid Fr., Schwan Wwe., Gauß Konb., Helber Wwe. und Berg & Schmid abgeholt werden kann. Nagold, 4. 12. 19. 2399 Stadtschulh.-Amt.

Ein ehrlicher, zuverlässiger

Hausbursche

kann sofort eintreten bei G. W. Zaiser Buchbind. u. Buchdruckerol Nagold.

Entsprungen

ist auf der Strecke Station Wildberg—Eutingen ein rot gefärbter 2385

Dachshund

(Müde.) Derselbe wolle gegen gute Belohnung abgegeben werden bei Friedr. Carl, Raun, Wildberg, oder dem Eigentümer Friedr. Weibte, Jagdschier, Sulz.

Ein Mädchen

nicht unter 18 Jahren für Haushalt und Dienstadt bei hohem Lohn 2368

gesucht.

Auskunft erteilt Dür, Witwe, Walldorf.

Mädchen,

sauber u. zuverlässig, in H. Haushalt h. hoh. Lohn. Angebote an 2367

P. Christophori, Pforzheim, Pforzstr. 20.

Steinbruch- Arbeiter

gesucht. 2400

Steinhauer Tagelöhner

finden bei hohem Lohn Beschäftigung bei

Boley-Hirtau.

liert, obwohl er gefährlich erkrankt ist. (Eigentümlich, höchst eigentümlich!)

Abreise der amerikanischen Delegierten.

Paris, 5. Dez. Der amerikanische erste Delegierte Boll und die hauptsächlichsten Mitglieder der amerikanischen Delegation wollen kommenden Mittwoch Paris verlassen und sich Donnerstag in Brest einschiffen.

Die U. S. P. für die Diktatur des Proletariats.

Leipzig, 4. Dez. Auf dem Parteitag der Unabhängigen legte der Parteivorsitzende Crispian die Stellung der nach dem Tode Haases, völlig auf dem linken Flügel stehenden Parteileitung zu den politischen Fragen dar. Unter Zustimmung der überwiegenden Mehrheit des Parteitags bekannte er sich zur Diktatur des Proletariats und lehnte den Begriff bürgerliche Demokratie als unsozialistisch ab.

Leipzig, 5. Dez. Der Parteitag der U. S. P. Deutschlands nahm einstimmig das Aktionsprogramm an, das sich zur Räterepublik und zur ausschließlichen Herrschaft des Proletariats bekant. Die Forderungen dieses Entwurfs sollen die Voraussetzungen für die Einigung der Arbeitermassen bilden.

Die Neuwahlen zum Reichstag.

Berlin, 4. Dez. Von ausländischer Seite wird mitgeteilt, daß die Neuwahlen zum Reichstag für den April 1920 in Aussicht genommen sind.

Die Räumung des Baltikums.

Berlin, 4. Dez. Aus dem Baltikum sind bis Dienstag 11 930 Militärpersonen über die deutsche Grenze gegangen.

Amerikas Milliardenbudget.

New-York, 4. Dez. Die Wähler sind unangenehm überrascht über das dem Kongreß vorgelegte Budget, das 5 Milliarden Ausgaben vorsieht, von denen 1 Milliarde als Zinsen für Kriegsschuld eingestellt sind. Aus diesem Grunde steht auch der Kongreß einer etwaigen Intervention kühl gegenüber.

Vor wichtigen Entscheidungen im Obersten Rat.

Rotterdam, 4. Dez. Die „Times“ melde aus Paris: Marshall Foch ist zum Vertreter Frankreichs im Rate der Alliierten delegiert, was auf wichtige Entscheidungen bei längerem Widerstreben Deutschlands schließen läßt. Foch behält den Vorsitz des Obersten Kriegsrats bei.

Für die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Staaten, Mitgliedern der Völkerbund, Nagold, den 4. Dez. 1919.

Zum Markt

bringen Sie sich Ihrer Kundschaft am besten in Erinnerung durch eine Anzeige im „Gesellschafter.“

Wir bitten, die Anzeigengeste rechtzeitig in der Geschäftsstelle abgeben zu wollen.



Nähmaschinen

in grosser Auswahl empfiehlt billigst 2285

J. Werner, Nagold.

Fernruf 111.

Fußleidende

tragen zu ihrer vollsten Zufriedenheit gegen Platt-, Schwach- und Hohlfüße, große Müdigkeit u. s. w. meine Fußkorset. Das Beste was auf diesem Gebiete existiert. 65 m

W. Zeller, Spezialist für Fußpflege, Behandlung von Veingeschwüren.

Bis am Samstag, den 6. Dez. in Nagold im Waldhorn von 1/11—1/4 Uhr mit Muster anwesend.

Nagold.

Schrotmühlen

mit und ohne 2007 Sichtvorrichtung.

Rübenschneider

Brückenwagen

Fleischränder

empfiehlt

Johs. Werner

Tel. 111.

Bücher und Zeit-schriften

Bestell-zettel

Bestell-zettel



1527

Alle Musik-Instrumente, für Haus und Orchester, von den einfachsten Schüler- bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten, alles Zubehör, Saiten usw. empfiehlt in reichster Auswahl

Musikhaus Curth, Pforzheim, Leopoldstr. 17

Arkaden Kleinsch. Roßbrücke. Ankauf abgespielter Schallplatten und Bruch pro Platte M. 2.—

Reparaturen und Stimmen in eigener Werkstätte.



Verkaufe eine 14 Monate alte weiße Spitzer-

Hündin

sowie einen 10 Wochen alten schwarzen 2391

Pinischer-Rüden.

Chr. Hertler, Ebdhausen.

Christliches

Vergissmeinnicht.

Borrätig bei

G. W. Zaiser, Nagold.

